

Sächsische Zeitung

Nr. 70.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 194.

Verlags- und Druckerei des Verlags der Sächsischen Zeitung, Leipzig, Hauptstraße 11. Telefon Nr. 150.

Montag-Ausgabe
Montag, 11. Februar 1901.

Verlags- und Druckerei des Verlags der Sächsischen Zeitung, Leipzig, Hauptstraße 11. Telefon Nr. 150.

Geschäftsstelle in Berlin, Bernauerstr. 2. Telefon Nr. 91.

Deutsches Reich.

Paris a. C., 11. Februar.

*** Polen und die Reichspost.** Herr von Bobinski hat an die Kaiserliche Oberpostdirektion Polen unterm 81. Januar folgenden Erlass gerichtet:

„Aus mir vorliegenden Nachrichten über die Behandlung von Postsendungen mit politischen Adressen habe ich ersehen, daß einige Postämter in Warschau und an die Abreise gerichteten Unbeliebten-Adressen als Grund der Unbeliebtheit die Anwendung der polnischen Sprache oder die Nichtabfassung der Aufschrift in deutscher Sprache angegeben haben. Dieses Verfahren kann ich nicht billigen. Da die Unbeliebtheit lediglich durch politische Ansichten, Meinungen oder Meinungsäußerungen und bestimmten Beziehungen von Empfängern und Sendern begründet ist oder nicht, darf auch die Begründung dem Publikum gegenüber nur mit dieser Bestimmung der Postordnung erfolgen. Die anderweitige Begründung erweist beim Publikum leicht den Mangel der Billigkeit.“

„Mit Bezug hierauf hat die Kaiserliche Oberpostdirektion Polen verfügt, daß auch auf unbilligen Erwägungen für die Unbeliebtheit nicht die obenbeschriebenen Gründe angegeben seien. — Der deutsche Generalpostmeister kommt also den Polen noch weiter entgegen. Welchen Eindruck solche Erlasse angesichts des prozontofischen Auftretens der Polen machen müssen, läßt sich leicht erröhen. Wenn der jetzige Rechtszustand hinsichtlich einer Postordnung wegen politischer Abweisung nicht zuläßt, so ist eben eine Änderung notwendig, die den Polen die Benutzung der Reichspost für Zwecke ihrer nationalen Propaganda unmöglich macht.“

„In einer offiziellen Darlegung wird ausgeführt, es werde ferner angängig sein, eine allgemeine Reorganisation der Generalpostämter in dem von Abgeordnetenhaus angeführten Sinne vorzunehmen. Man wende sich, wenn man positive Ziele erreichen wolle, vielmehr damit begnügen, die bestehende Organisation der Generalpostämter neu zu gestalten, als die Generalpostämter stellen Aufgaben möglichst anzupassen, ohne ihre Einrichtung als eigentliche Auseinandersetzungsbehörden selbst wesentlich zu verändern.“

*** Die Geschäftsabwicklungs-Kommission des Abgeordnetenhauses** schlägt vor, zu erklären, daß der Abg. Schmeißer (Stromberg) durch die Verletzung des Charakters als Geheimrat durch den König der Nähe 3. Klasse und der Abg. v. Tschopp (Stromberg) durch seine Beziehung nach Potsdam als Dirigent der dortigen Präfektur-Abteilung der dortigen Regierung sich und dem Abgeordnetenhaus nicht verlorren haben.

*** Der Verband der Berliner Kohlenregulierer** hat an die Mitglieder des Abgeordnetenhauses ein Schreiben gerichtet, in dem sie gegen die Neuerung des Handelsministeriums, die Kohlenregulierer seien ein notwendiges Übel, protestieren; sie seien durch diese Neuerung in ihrer Standesehre aufs Tiefste verletzt.

*** Das Reichsanwalt** wird den Gegenstand betreffend die Einführung einer Schenkung für das schottische Moroburn in einem der Schenkungsbücher des Reichsanwalts, die dem Reichsanwalt eine Spee beantragt, dem Entwurfe unabweisend die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

*** Zum Besuche bei der Kaiserin Friedrich** begab sich am Sonnabend Nachmittag die Kaiserin Auguste Viktoria nach Schloß Friedrichshof und verließ dort eine Stunde. Der Kaiser, beide die Kaiserin bis Oberursel begleitet und machte dann eine Schiffsreise über die Havel nach dem Wald an Mühlberg, Prinz und Prinzessin von Hessen trafen um 3 Uhr aus Frankfurt a. M. in Kronberg ein. Prinz Heinrich ist mit seinem ältesten Sohn, dem Prinzen Waldemar, Sonnabend Nachmittag am Hofe gekommen, in Berlin eingetroffen und hat wieder im königlichen Schloße, wo die Prinzessin gegenwärtig weilt, Wohnung genommen. Die Verlobte, wird das prinzipale Paar am Dienstag, 12. Februar, den Aufenthalt abbrechen und sich zur Kaiserin Friedrich nach Friedrichshof begeben, um dort für einige Zeit zu verweilen. Die drei in Berlin anwesenden Söhne des prinzipalen Paares werden ebenfalls am Dienstag von dort nach Kiel zurückkehren. — Seitens Reichsanwalt trat das Kaiserpaar gegen 3 Uhr in Schloß Friedrichshof ein und führte um 5 Uhr nach Hamburg zurück. Der Kronprinz und die Kronprinzessin von Griechenland waren um 12 Uhr nach Gumburg gefahren, um einer Einladung des Kaiserpaars zur Hofgesellschaft zu folgen.

*** Wie der Reichsanwalt** meldet, hörte der Kaiser am Sonntag Vormittag im Schloß zu Gumburg v. b. H. die Vorträge des Reichsanwalts, des Generalstaatschefs v. Schlieffen und des Chefs des Militärkabinetts v. Habicht.

*** Dem „Nachmer Aug.“** zufolge wird der Kaiser der Denkmalsentwürfe auf Gohrenburg beizugehen und zugleich die große Verbandsbank für Völkmarlein besuchen.

*** Die Beförderung** in dem Beförderung des Königs von Sachsen schreitet langsam fort; jedoch ist noch Ruhe erforderlich. Dieser ist nicht mehr vorhanden, auch läßt der Hüften nach. Die Königin ist an einem Bronchialkatarrh erkrankt und wird einige Tage das Bett hüten müssen.

*** Gegenüber den** in der Presse fortbauenden Notizen über eine beabsichtigte Neu-Uniformierung der Armeen können die M. N. A. aus Grund eingewandter Ermahnungen nur von Neuem wiederholen, daß daran an keiner maßgebenden Stelle gedacht wird.

*** Der Ausschuss des Bundes der Landwirthe** hat, wie gemeldet, am Freitag und Sonnabend in den Räumen des Abgeordnetenhauses gelang und die Verhandlungen zur Feststellung der Tagesordnung für die am heutigen Montag im Circus Nibelung stattfindende Generalversammlung getroffen. Unter Anderem handelte es sich auch um die Stellungnahme zum neuen Zolltarif. Der Vorstand hatte hier eine Resolution dem Ausschusse unterbreitet, welche den Standpunkt des Bundes wahrte und im Interesse der Erhöhung der Landwirthschaftlichen und im Sinne der Erhöhung der Getreidepreise gehalten war. Diese Resolution fand die Zustimmung des Ausschusses.

*** Die General-Versammlungen des Vereins der Spiritus-Interessenten in Deutschland** und des Vereins der Spiritus-Fabrikanten in Deutschland finden am 14. und 15. Februar in üblicher Weise im Englischen Hause, Mohrenstraße 40 zu Berlin statt. Sie bilden den Schluß der Verhandlungen der großen landwirthschaftlichen Woche. Die Vermählung der Spiritus-Interessenten wird ein besonderes Interesse in der Reichshauptstadt und hierher die Konstituierung einer Stärkeverarbeitungs-Gesellschaft auf der Tagesordnung liegt. — Im Ansatze für die Gährungs-gewerbe Berlin N., Seestraße, findet während der ganzen landwirthschaftlichen Woche, vom 11. bis 16. Februar, eine Ausstellung von Kartoffeln, preisgekrönten Gersten und Spiritusmotoren statt. An der Vorführung von Spiritusmotoren beteiligen sich sieben Firmen.

*** Die Mitglieder des Deutschen Landwirthschaftsraths** folgten am Donnerstag der Einladung des Staatssekretärs des Innern Grafen v. Bodelschwingh zu einem geselligen Abend. Neben den vollständig erschienenen Mitgliedern an der Generalversammlung waren namentlich die Bevollmächtigten zum Bundesrat zahlreich vertreten.

*** Beamten- und Soldaten-Unfallversicherung.** Dem Bundesrathe ist der Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes für Beamte und Soldaten des Reichsanwalts an dem Bundesrathe zur Begründung der Vorlage wird gefügt:

Nach dem Verfassungsgesetz vom 15. März 1886 wird dafür gefordert, daß den in Unfallversicherungsbetrieben Beschäftigten Beamten, die in Unfallversicherungsbetrieben Beschäftigten des Reichsheeres und der kaiserlichen Marine, sowie den in solchen Betrieben beschäftigten Personen des Soldatenstandes für die Folgen der durch Betriebsunfälle herbeigeführten Dienstunfähigkeit auf die Höhe von 100 bis 200 Mark monatlich zu zahlen sind. Diese Forderung soll denjenigen mindestens gleichwertig sein, welche den genannten Personen nach dem Unfallversicherungsgesetze zustehen würde. Demgemäß finden die Unfallversicherungsgesetze auf die bezeichneten Personen keine Anwendung. Das Gleiche gilt von Beamten, welche in Betriebs-Berufungen eines Bundesrates oder eines Kommandanten oder eines Offiziers mit selbstem Gehalt und Pensionberechtigung angestellt sind. — Die beabsichtigte Gleichwertigkeit der Forderung ist aber seit dem 1. Oktober 1900 nicht mehr vollständig gewahrt, weil mit diesem Tage die im Jahre 1900 durchgeführte neue Fassung der Unfallversicherungsgesetze in Kraft getreten ist und durch letztere die Bezüge der unter die Unfallversicherung fallenden Personen, sowie ihrer Hinterbliebenen mehrfach günstiger gestaltet sind, als die Bezüge der nach dem Gesetze vom 15. März 1886 zu entschädigenden Beamten und Personen des Soldatenstandes. Es ist deshalb geboten, das letztere Gesetz in einigen Beziehungen zu erweitern. Denselben sollen einige bei der Handhabung des Gesetzes auftretende Zweifel beseitigt und das Forderungsgesetz mit den inzwischen erlassenen Pensionsgesetzen hinsichtlich der Witwen- und Hinterbliebenen, der Witwenrenten in Uebereinstimmung gebracht werden.

*** Amtlicher Nachweisung zufolge** sind im Monat Januar auf folgenden Vermögensgegenständen 27 627 280 Mk. Zinsen und für 304 250 Mk. Steuern und zwar sämtliche Gebührens auf Einkommensteuer, außerdem für 704 250 Mk. Einkommensteuer, für 2 117 950 Mk. Einkommensteuer, für 308 920 Mk. Behauptungsgeld, für 60 225,10 Mk. Grundbesitzsteuer und für 91 312,42 Mk. Einkommensteuer.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenshaus.

22. Sitzung am 9. Februar, 12 Uhr.

Am Ministertische Schloßplatz wird fortgesetzt. Die Verhandlung des Tagesordnungs wird fortgesetzt. Abg. Richter (fr. Bd.) vergleicht das Vorgehen der Antifemisten mit dem Vorgehen der Mörder. Die Chinesen befehligen die Christen wie die Antifemisten die Juden, daß sie die Kinder werden, weil sie deren Blut gebrauchen. Den drei Sorten von Antifemisten, den Generalantifemisten, den Selbstantifemisten und den Heuchelantifemisten, sind gegenwärtig in König die beiden letzten übrig. Mit der Erklärung des Ministertische über die Ernennung jüdischer Rechtsanwälte zu Notaren werden wir uns nicht aufhalten. Das Centrum, das bei seinen eigenen Beschwerden immer Feuer und Flamme ist, hat hier wieder eine recht schandliche Stellung eingenommen. Man trägt die Verantwortlichkeit der Konfessionen auf Gebiete, wo sie nicht hingehören. Fast scheint es, als könnten die christlichen Rechtsanwälte die Konkurrenz der jüdischen nicht aushalten. (Lachen rechts und im Centrum.)

Präsident v. Ardenne stellt folgenden von dem Abg. Bremer (kons.) und v. Heßig (kons.) eingebrachten Antrag auf:

„Das Haus der Abgeordneten sollte beschließen: Zu den vom Herrn Justizminister dargelegten Grundrissen über die Art, in welcher bei der Ernennung von Notaren auf das Bedürfnis der christlichen Bevölkerung in angemessener Weise Rücksicht genommen werden soll, seine Zustimmung auszusprechen.“ (Beifall rechts und links.)

Abg. Barthel (fr. Bd.) fragt an, ob man nicht über diesen Antrag namentliche Abstimmung vornehmen lassen sollte.

Abg. v. Geyers (nl.) bittet die Antragsteller, die Grundzüge von denen in dem Antrag die Rede sei, in den Antrag hineinzulegen. Justizminister Schöndorf: Der Abg. Richter hat gefordert, vor einigen Jahren sei einem katholischen Landgerichtsrath in Berlin angeklagt worden, er eigne sich zum Landgerichtsrath, könne es aber in Berlin nicht werden, wohl aber in Breslau. Wenn diese Mitteilung vor einigen Jahren gemacht worden ist, dann muß sie in meine Dienstzeit fallen. Ich kann aber sagen, daß diese Mitteilung auf freier Erfindung beruht. (Lärm links und rechts.) Ferner hat er gesagt, es sei ihm aus Breslau mitgeteilt worden, es seien dort von Kurzen ähnliche Verurtheilungen hinter christlichen Gerichtshöfen auf die Nachricht eines Orts sei dies geschah, so viel man wisse, gegen den Antrag des Oberlandesgerichtspräsidenten. Das nun ist nicht möglich, liegt ja eben in der Natur der Dinge.

In der Hauptsache handelt es sich hier wiederum um die Frage der Verfassungsgerechtigkeit. Wir haben uns darüber eingehend unterhalten, was eigentlich die Verfassung bestimmt, und sind zu einem Ergebnis darüber nicht gekommen. Es, wenn man die Ausführungen des Abg. Barth und die des ihm zustimmenden Abg. Richter zu Grunde legt, so kommen wir gewissermaßen zu einer etwas mechanischen Auslegung der Verfassungsbestimmungen, zu einer Auslegung der Verfassungsbestimmungen, mit der Gile rechten kann. Man würde über solche im Voraus hinweisen, daß es im öffentlichen Leben gewisse Imponderablen gibt, die kein Staatsmann unbeachtet lassen darf und die auch kein Politiker ohne Gefahr vernachlässigen darf. Herr Richter läßt ja diese Imponderablen sonst auch gelten, in diesen Fällen will er es nicht. Er behauptet ja allerdings, daß solche Verfügungen bestehen, es scheint denselben den Wunsch zu haben, daß die freie Abolutor gleichmäßig die Befähigung zum freien Notariat bilden solle und es scheint, seine allgemeine Meinung gegen das, daß bei der Auswahl der Notare keinerlei andere Rücksichten genommen werden, als lediglich auf die geistige Befähigung und die geistliche Punctualität. Dann gehen aber unter Meinungen auseinander. Ich kann nur noch eine Thatsache hervorheben, daß mir ein Bekannter darüber, daß es nicht genug jüdische Notare gäbe, nicht zu Ohren gekommen ist. (Beifall rechts.)

Abg. Bremer (deutsch-lit. N.) wendet sich zunächst gegen die Ausführungen des Abg. Richter und bittet, Herr Richter, er nimmt nicht immer zu sehr an das Wort: Auf dem Dache sitzt ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß. Die Juden haben bei uns freie Bewegung genug. Sie können ja Bauen werden, aber das wollen sie nicht. (Beifall.) Jüdische Staatsanwälte habe ich auch noch gesehen. (Gemeinte Heisterich.) Ich habe auch noch gesehen, daß die Juden auch in das Offizierskorps hineinkommen. Davor müde uns Gott behüten. (Schrei: Offizierskorps und lebhafter Beifall rechts.) Den Koniger Joseph will ich mit vollster Offizierskraft behandeln. Der Minister sagt, er wolle nicht damit einsehen, daß im Anfang alle Schritte erledigt sind und energig genug gehen werden. Es ist gerade der größte Fehler, wenn im Anfang etwas verstimmt wird. Die großen Besätze der Antiken sind untergegangen, sondern gerade zur Aufrechterhaltung beitragen. Manche Handlungen des Herrn Reichsanwalts Zimmermann sind allerdings auf seine Herabsetzung zurückzuführen, es sind aber auch Herabsetzungen vorzukommen. Einige Leute haben sich in mehreren Stunden eingekerkert gehalten, einem Bauern mit einem Guldschilling gedroht, andere Jungen, die etwas hätten auslösen können, haben sich nicht gemeldet, weil es von ihm hieß, daß die Bauern von ihm schlecht behandelt und angefaßt würden. Er war der ungeliebteste Mann. Einem Bauern wurde ein Fuß gefaßt. Das ist aber nicht das, was die Bauern beschweren muß ich gegen den Staatsanwalt betragen. Ich habe seine Verlegung nach Umburg a. L. mit dieser Sache in Verbindung recht, weil ich nicht. Die Hauskinder sind ganz oberflächlich vorgenommen worden. Die Vernehmung Zimmermanns und die Vernehmung des Antifemisten gefordert, worin ich mich nicht unterrichten in der Entgegnung. Die Polizei ist doch sonst nicht zu zurechtfinden. Der Bürgermeister ist am Tage der Entsendung des Morde nachgekommen im Lande gewesen. Dem Antifemisten konnte es gar nicht darauf an, ob ein Antifemist vorliegt oder nicht, sondern nur darauf, daß der Mord aufgedeckt wird. Herr Richter hat mir aufständig ist. Er gibt sich leicht Mühe um die Juden, die er treten will mit Füßen. (Große Heiterkeit.) Sehr wohl in der Nähe des Fundortes der Leichenberge; es ist festgestellt, daß der Mord in der Nähe der Fundorte geschah sein muß. Es ist beabsichtigt, daß das heute noch keine Untersuchung gegen Leugnung erheben werden ist. Der Müller vom Sandbuch hatte Vertrauen zu den Gerichten. Wir Deutschen hoffen auch, daß es bei uns noch deutsche Gerichte gibt. (Beifall rechts.)

Justizminister Schöndorf: Die Punkte gegen den Untersuchungsbefehl Zimmermann sind mir in ihrer inhaltlichen Begründung unbekannt. Daß er einige Fragen eingeleitet hat, ist mir unbekannt und bezweifelhaft. Wenn es richtig sein sollte, daß im August-Bezug vorgeladene ist, daß der Landrichter Zimmermann hier und da needs geworden ist und Fragen angesprochen hat, so ist das zu berücksichtigen, daß Herr Zimmermann ein ansehnlich alter Beamter von tadelloser Führung, eine sehr angesehene Persönlichkeit in dieser Untersuchung gab, daß er nachher von dem Kaiserlichen Minister als ein gewissermaßen Abweid Bemerkungen hatte. Daß er da einmal needs wird, wenn Fragen seine Fragen nicht verstehen, oder ihre Antworten von ihm nicht verstanden werden, so ist das doch kein Vorwurf, aus dem man meinetwegen Schluß auf ihn ziehen kann und bezweifelhaft befehlen kann. Dem ersten Staatsanwalt Westphal habe ich, seinem Wunsch entsprechend, nach Umburg versetzt, weil er in Königlichen Anstalten ausgelegt war, die nach meiner Meinerung, soweit es seine Befähigung in dieser Untersuchung angeht, unbegründet waren, und seine Stellung dadurch so wurde, daß man ihm nicht zuzurechnen konnte, noch länger dort zu bleiben. Nachdem der Senat eine gewisse Anzahl Befähigung gefunden hatte. Wenn er bei der Aufrechterhaltung das eine oder andere übersehen hat, oder wenn Ostpolizeibeamte, auf die er angewiesen war, das eine oder andere nicht beobachtet haben, so ist das natürlich. Das kann überall vorkommen, aber auch das hat nicht die Aufgabe der Richter in Bezug auf eine Verurteilung. Es ist irgend eine Spur nicht verläßt ist, kann ich nicht sagen. Daß gegen den Schlichtermeister Hofmann, diesen sehr geachteten, in ansehnlicher Stellung befindlichen Mann, überhaupt vorgegangen ist,

hat in Aufsehen erregt. Dieses Vergehen beruhte auf einer Uebereinstimmung, die sich in dem Kriminalkommissar Baron gebildet hatte, daß in dem Hofmannschen Saule die That begangen sein müsse. Der Kommissar hatte die That als Hofmann'sche bezeichnet. Das Hofmann'sche Schicksal befindet sich in der Höhe des Verbrechens und die Verantwortlichkeit ist auf die That zurückzuführen. Die That ist ein Verbrechen, das die Verantwortlichkeit auf sich zieht. Die That ist ein Verbrechen, das die Verantwortlichkeit auf sich zieht. Die That ist ein Verbrechen, das die Verantwortlichkeit auf sich zieht.

Abg. Vorkis (Chr.) befragt gegen Minister die Wahl des Oberbürgermeisters. Herr Vorkis fragt den Minister, ob die Wahl des Oberbürgermeisters durch den Senat bestätigt werden soll. Der Minister antwortet, daß die Wahl durch den Senat bestätigt werden soll. Die Wahl des Oberbürgermeisters ist ein wichtiger Schritt in der Verwaltung der Stadt. Die Wahl des Oberbürgermeisters ist ein wichtiger Schritt in der Verwaltung der Stadt. Die Wahl des Oberbürgermeisters ist ein wichtiger Schritt in der Verwaltung der Stadt.

Abg. Gatter (nl.) fragt die Bevölkerung, ob die Wahl des Oberbürgermeisters durch den Senat bestätigt werden soll. Die Wahl des Oberbürgermeisters ist ein wichtiger Schritt in der Verwaltung der Stadt. Die Wahl des Oberbürgermeisters ist ein wichtiger Schritt in der Verwaltung der Stadt. Die Wahl des Oberbürgermeisters ist ein wichtiger Schritt in der Verwaltung der Stadt.

Italien.
Zur Ministerkrise.
In parlamentarischen Kreisen schließt man sich dem gestrigen Beschlusse an. In parlamentarischen Kreisen schließt man sich dem gestrigen Beschlusse an. In parlamentarischen Kreisen schließt man sich dem gestrigen Beschlusse an.

Die Wahl der wegen der Ausgebungen in Madrid... Die Wahl der wegen der Ausgebungen in Madrid... Die Wahl der wegen der Ausgebungen in Madrid... Die Wahl der wegen der Ausgebungen in Madrid... Die Wahl der wegen der Ausgebungen in Madrid...

Serbien.
In dem Befinden König Milans... In dem Befinden König Milans... In dem Befinden König Milans... In dem Befinden König Milans... In dem Befinden König Milans...

Der Krieg in Ostafrika.
Zimmer aus Neuere Ostafrika... Zimmer aus Neuere Ostafrika... Zimmer aus Neuere Ostafrika... Zimmer aus Neuere Ostafrika... Zimmer aus Neuere Ostafrika...

China.
Die Verhandlungen der fremden Gesandten in Peking... Die Verhandlungen der fremden Gesandten in Peking... Die Verhandlungen der fremden Gesandten in Peking... Die Verhandlungen der fremden Gesandten in Peking... Die Verhandlungen der fremden Gesandten in Peking...

Madrid.
Die Wahl der wegen der Ausgebungen in Madrid... Die Wahl der wegen der Ausgebungen in Madrid... Die Wahl der wegen der Ausgebungen in Madrid... Die Wahl der wegen der Ausgebungen in Madrid... Die Wahl der wegen der Ausgebungen in Madrid...

London, 10. Febr. Lord Russell... London, 10. Febr. Lord Russell... London, 10. Febr. Lord Russell... London, 10. Febr. Lord Russell... London, 10. Febr. Lord Russell...

Die Verhandlungen der fremden Gesandten in Peking...
Die Verhandlungen der fremden Gesandten in Peking... Die Verhandlungen der fremden Gesandten in Peking... Die Verhandlungen der fremden Gesandten in Peking... Die Verhandlungen der fremden Gesandten in Peking...

Die Verhandlungen der fremden Gesandten in Peking...
Die Verhandlungen der fremden Gesandten in Peking... Die Verhandlungen der fremden Gesandten in Peking... Die Verhandlungen der fremden Gesandten in Peking... Die Verhandlungen der fremden Gesandten in Peking...

Die Verhandlungen der fremden Gesandten in Peking...
Die Verhandlungen der fremden Gesandten in Peking... Die Verhandlungen der fremden Gesandten in Peking... Die Verhandlungen der fremden Gesandten in Peking... Die Verhandlungen der fremden Gesandten in Peking...

